



Dringlichkeitsantrag

Fraktionen SPD, Grüne, Linke und Piraten

Ursprungsdrucksachenart: Dringlichkeitsantrag,
Ursprungsinitiator: Fraktionen SPD, Grüne und Linke

Beratungsfolge:

02.04.2014 BVV

BVV/ 022/VII

Betreff: Keine Schlagstöcke und Pfefferspray für die Parkraumüberwachung

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht, umgehend alle Aktivitäten einzustellen, die zum Ziel haben, die Pankower Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parkraumüberwachung des Ordnungsamtes mit Schlagstöcken und/oder Pfefferspray auszustatten. Gegenüber der Öffentlichkeit sind bisherige Meldungen zu korrigieren.

Das Bezirksamt wird weiterhin ersucht, auch in Zukunft auf ein bürger_innennahes Image des Ordnungsamtes zu achten. Das Ordnungsamt versteht sich – wie in der Imagekampagne der Berliner Ordnungsämter 2011 formuliert – als Dienstleister **für** die Bürgerinnen und Bürger. Der Bezirk Pankow übernimmt dieses als Eigenidentität. und wird das Image des Pankower Ordnungsamtes und der Parkraumüberwachung in diesem Sinne in der Öffentlichkeit stärken.

Berlin, den 02.04.2014

Einreicher: Fraktionen SPD, Grüne, Linke und Piraten
 gez. für die Fraktion der SPD: BV Roland Schröder, BV Rona Tietje
 gez. für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: BV Daniela Billig, BV Cornelius Bechtler
 gez. für die Linksfraktion: Michael van der Meer, BV Wolfram Kempe
 gez. für die Piratenfraktion: Jan Schrecker

Abstimmung über die Dringlichkeit => die Dringlichkeit wurde mehrheitlich beschlossen

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

beschlossen
 beschlossen mit Änderung
 abgelehnt
 zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

EINSTIMMIG
 MEHRHEITLICH
 JA
 NEIN
 ENTHALTUNGEN

federführend

überwiesen in den Ausschuss für
 zusätzlich in den Ausschuss für
 und in den Ausschuss für

Begründung zur Dringlichkeit:

Die Bezirksverordnetenversammlung von Pankow hat zu spät von den Bestrebungen des Bezirksstadtrats Dr. Kühne erfahren, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parkraumüberwachung des Pankower Ordnungsamtes mit Schlagstöcken und Pfefferspray auszustatten zu wollen, um rechtzeitig vor Antragsschluss einen Antrag zur 22. Tagung einzubringen.

Das Bezirksamt wird in der Presse mit Äußerungen wiedergegeben, die das positive, bürger_innennahe Image des Pankower Ordnungsamtes belasten und schädigen. Da seit den Presseberichten keine Dementis des Bezirksamtes veröffentlicht wurden, ist es aus Sicht der Antragstellerinnen und Antragsteller notwendig, umgehend klarzustellen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parkraumüberwachung des Ordnungsamtes auch in Zukunft keine Gewalt gegenüber Bürgerinnen und Bürger ausüben werden. Schlagstöcke und Pfefferspray sind ein falsches Signal und führen zur Konfrontation mit Bürgerinnen und Bürgern. Die BVV will den Respekt vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und ihren Aufgaben stärken, um das Zusammenleben in Berlin gut und friedlich zu gestalten. Hierzu sind die öffentliche Positionierung der BVV und des Bezirksamtes dringend erforderlich.

Begründung des Antrags:

Bezirksstadtrat Dr. Kühne hat Vorkommnisse gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Parkraumbewirtschaftung zum Anlass genommen, um populistische Forderungen nach einer Ausstattung der Parkraumüberwachung mit Schlagstöcken und Pfefferspray zu erheben. Die Art und Weise, wie diese Forderungen erhoben worden sind, schaden dem positiven Image der Parkraumbewirtschaftung und dem Ordnungsamt insgesamt. Sie führen keinesfalls zu einer besseren Akzeptanz der Parkraumbewirtschaftung. Im Gegenteil sind sie sogar dazu geeignet, die Akzeptanz der Parkraumbewirtschaftung zu gefährden.

In der Öffentlichkeit und gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern beabsichtigt die BVV daher, auf die Vorteile hinzuweisen, die durch die Parkraumbewirtschaftung entstehen. So finden die Anwohnerinnen und Anwohner nun erheblich leichter einen Parkplatz in der Umgebung ihres Wohnortes. Weiterhin profitieren die Fußgängerinnen und Fußgänger davon, dass die Zugänge zu den Gehwegen insbesondere an den Kreuzungen durch die Parkraumüberwachung freigehalten werden. Dies gilt insbesondere für mobilitätseingeschränkte Fußgängerinnen und Fußgänger. Durch diese Maßnahmen erhöht sich die Verkehrssicherheit, wodurch alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer profitieren.

Parksuchverkehr, Lärm- und Umweltbelastung sind deutlich zurückgegangen, die Lebens- und Wohnqualität ist gestiegen. Diese guten Argumente führen zu einer verbesserten Akzeptanz der Parkraumbewirtschaftung. Populistische Forderungen nach Schlagstöcken und Pfefferspray schaden dagegen der Parkraumbewirtschaftung und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Handeln des Stadtrates zeichnet sich erneut durch unsachgemäße und populistische Vorschläge aus, die zuerst mit der Presse besprochen und nicht mit den zuständigen Gremien im Bezirk beraten werden. Inhalt und Vorgehensweise werden deshalb in aller Deutlichkeit durch die BVV zurückgewiesen.